

- FREIE WÄHLER NOK - FREIE WÄHLER NOK - FREIE WÄHLER NOK - FREIE WÄHLER NOK -

KREISTAGSFRAKTION

**Sitzung des Kreistages des Neckar-Odenwald-Kreises
am 22. Oktober 2018 in Höpfingen**

**Stellungnahme der Fraktion der Freien Wähler
durch Thomas Ludwig**

zu TOP 1

Feststellung des Jahresabschlusses 2017

Sehr geehrter Herr Landrat,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Neckar-Odenwald-Kreis kann auf ein ordentliches Rechnungsergebnis 2017 blicken. Wie auch das Rechnungsprüfungsamt in seinem Bericht bestätigt, wurde von der Kämmerei und allen Fachbereichen wiederum gut Arbeit geleistet, was unser aller Anerkennung verdient.

Nun neigt der oberflächliche Betrachter vielleicht zu der Einschätzung, dass dies in Zeiten voller Kassen ja auch kein Problem sei, aber so einfach stellt sich die Situation nun auch wieder nicht dar. Vielmehr muss festgehalten werden, dass die von Jahr zu Jahr neue Rekorde erklimmenden Steuereinnahmen die tatsächlichen strukturellen Schwächen oftmals lediglich kaschieren - aber behoben sind sie deswegen noch lange nicht.

Der Teilhaushalt 5 "Soziales und Jugend" ist ein typisches Beispiel hierfür. Neue Leistungen, höhere Freibeträge bei so manchen Eigenbeteiligungen und in einzelnen Bereichen immer noch steigende Fallzahlen sorgen schon seit Jahren dafür, dass sich der diesbezügliche Nettoressourcen-aufwand auch in dieser Phase der Hochkonjunktur immer weiter erhöht - die 60 Mio. €-Schwelle wurde dieses Mal fast gerissen. Nun soll damit nicht gesagt werden, dass die gewährten Leistungen von vorne herein unberechtigt wären. Nein, das sicherlich nicht, denn unser System sozialer Hilfen soll ja gerade dort ansetzen, wo Krankheit, Armut oder sonstige Gefährdungen die angemessene Teilhabe an der Gesellschaft und ihren Standards verhindern. Es muss aber schon die Frage erlaubt sein, wie dieses Niveau gehalten werden soll, wenn die Steuereinnahmen demnächst wieder mal auf ein Normalniveau zurückfallen - von einer Depression will ich gar nicht sprechen. Dann muss jedenfalls sichergestellt sein, dass die kommunale Familie, also Gemeinden, Städte und Kreise, von Bund und Land mit diesen Lasten nicht alleine gelassen werden, denn es handelt sich hier um gesamtgesellschaftliche Aufgaben, aber von diesem hehren Ziel sind wir trotz einzelner punktueller Verbesserungen noch weit entfernt.

Zumindest was die Aufwendungen für die Aufnahme, Unterbringung und Integration von Flüchtlingen angeht, zeichnet sich zwischenzeitlich aber eine Entspannung ab. Zwar weisen die Hilfen für Flüchtlinge im Jahre 2017 noch einen über den Ansätzen liegenden Nettoressourcenbedarf in Höhe von 3,68 Mio. € auf, aber diese Aufwendungen erhalten wir zeitversetzt zum allergrößten Teil wieder erstattet.

Neben der nachlaufenden Spitzabrechnung für die vorläufige Unterbringung von Flüchtlingen ist in diesem Zusammenhang vor allem die von den kommunalen Landesverbänden erstrittene Erstattung der Mehraufwendungen für sog. "Langläufer" und für geduldete Flüchtlinge besonders erwähnenswert: konkret legte die Gemeinsame Finanzkommission kurz vor der Sommerpause fest, dass die Stadt- und Landkreise ihre diesbezüglichen Aufwendungen in Höhe von insgesamt 268 Mio. € in den Jahren 2018 und 2019 erstattet bekommen. Auf den Neckar-Odenwald-Kreis entfallen hiervon rd. 2,1 Mio. €. Leider sieht das Neue Kommunale Haushalts- und Rechnungswesen zu solchen Vorgängen keine periodengerechte Abgrenzung vor und so müssen wir uns mit der Hilfskonstruktion abfinden, dass die im Ergebnishaushalt 2017 insgesamt erwirtschaftete Ergebnisverbesserung in Höhe von 1,114 Mio. € eigentlich noch viel höher ausgefallen ist.

Entscheidend für diese Verbesserung waren im Übrigen auch höhere Einnahmen bei den Schlüsselzuweisungen, bei der Grunderwerbssteuer, bei den Sachkostenbeiträgen und bei den Gebühren sowie bei den Ausgaben niedrigere Personalkosten. Weiterhin auf hohem Niveau bewegt sich hingegen der Verlustausgleich für die Neckar-Odenwald-Kliniken. Ohne jetzt immer wieder die alte Grundsatzdiskussion von Neuem entfachen zu wollen und sehr wohl im Wissen um den hohen Wert unserer Häuser im Sinne einer funktionierenden Gesundheitsversorgung für die Einwohner unseres Kreises, steht für uns FREIEN WÄHLER fest, dass 5,23 Mio. € ganz einfach ein Defizit darstellen, an das wir uns nicht gewöhnen wollen und dürfen. Neben den ständigen eigenen Bemühungen um Wirtschaftlichkeit, welche zweifelsohne vorhanden sind und auch ihre Wirkung zeigen, müssen sich hier vor allem der Bund und das Land fragen lassen, warum sie nicht in der Lage sind, Gesetze zu erlassen, die dazu geeignet sind, Krankenhäuser der Grundversorgung auskömmlich zu finanzieren.

Und damit bin ich bei der Kreisumlage angekommen, denn 5,23 Mio. € Defizit bei den Neckar-Odenwald-Kliniken entsprachen im Jahre 2017 nicht weniger als 9,96 % des gesamten Kreisumlageaufkommens, oder anders ausgedrückt: ohne das Klinikendefizit könnte der Hebesatz der Kreisumlage nochmals um 3,04 Prozentpunkte gesenkt werden. Um jetzt aber nicht als maßlos hingestellt zu werden, muss an dieser Stelle der Hinweis eingeflochten werden, dass unser Hebesatz bereits im Jahre 2017 unter dem Landesdurchschnitt lag und dies bei einem tatsächlichen Pro-Kopf-Aufkommen von 366 €/ Ew. gegenüber durchschnittlich 405 € im ganzen Land. Aber auch der Vergleich des tatsächlichen Kreisumlageaufkommens mit dem Nettoressourcenverbrauch im Teilhaushalt 5 "Soziales und Jugend", welcher ein hohes Minus von knapp 7,5 Mio. € zu Tage treten lässt, wirft die Frage auf, wie das geht. Sind hier etwa überirdische Rechenkünstler am Werk? Nein, dem ist mitnichten so, vielmehr gibt es hierfür drei ganz irdische Ursachen:

1. die unserem Landkreis wie auch uns Neckar-Odenwälder Kommunen schon immer inne wohnende Sparsamkeit, weil es hier eben noch nie Reichtümer zu verteilen gab,
2. der Umstand, dass sich viele Landkreise mit hohen Kreisumlagehebesätzen in Ballungsräumen wie z.B. der Region Stuttgart befinden, wo im Rahmen von Infrastrukturprojekten und beim ÖPNV zusätzliche Lasten geschultert werden müssen und
3. die Tatsache, dass das System des Finanzausgleichs leistungsschwachen Landkreisen wie dem Neckar-Odenwald-Kreis unterm Strich entsprechend höhere Schlüsselzuweisungen "nach der mangelnden Steuerkraft" (der Name ist also Programm) zukommen lässt. Diesbezüglich wäre ein pro-Kopf-Vergleich mit den anderen 34 baden-württembergischen Landkreisen also auch einmal interessant.

Insgesamt sind wir jedenfalls gehalten, bezüglich unserer Kreisfinanzen weiterhin wachsam zu bleiben, aber es gibt wahrhaft keinen Grund zu Panik oder größerer Erregung und dies auch deshalb, weil die Schuldenlast im vergangenen Jahr in einem erfreulichen Maße gesenkt werden konnte.

In diesem Sinne ende ich wie immer mit dem besten **Dank** an die Kämmerei mit Herrn Schork sowie an das Rechnungsprüfungsamt mit Frau Schweizer an der Spitze für ihr ganz enormes Arbeitspensum sowie für die stets fachlich fundierte Betreuung, Verwaltung und Weiterentwicklung der kreiseigenen Haushaltswirtschaft

und signalisiere hiermit die **Zustimmung der Fraktion der FREIEN WÄHLER zu den Beschlussvorschlägen.**